



<b>Beschlussvorlage</b>  Federführend: Fachdienst Jugendamt	Vorlagennummer:	<b>2018/277-01</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	06.02.2019

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Kreisausschuss (Vorberatung)	20.02.2019	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	20.02.2019	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	0 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
<b>Relevanz</b>			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

## Antrag der AfD zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses des Landes hinsichtlich der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten

### Beschlussvorschlag:

Der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion wird nicht weiter verfolgt, da sich in der Zwischenzeit die kommunalen Spitzenverbände mit dem Land auf eine Regelung verständigt haben, die der Forderung nach Erstattung von 66 Prozent der Personalkosten nahe kommt.

### Sachdarstellung

#### Inhaltsbeschreibung:

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.06.2018 ist der Antrag der AfD zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses des Landes hinsichtlich der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten abgelehnt worden.

In der KA-Sitzung vom 13.06.2018 ist der vorliegende Beschlussvorschlag wie folgt angepasst und empfohlen worden: Der von den kommunalen Spitzenverbänden mit dem Land abgeschlossene Kompromiss kann nur ein erster Schritt sein zur besseren Finanzierung der Kinderbetreuung. Es wird daher erwartet, dass das Land langfristig die Personalkosten im Kindertagesstättenbereich auf 66 Prozent aufstockt.

In der Sitzung des Kreistages vom 13.06.2018 wurde der Tagesordnungspunkt vertagt. In der Zwischenzeit sind die Vereinbarungen zwischen den drei kommunalen Spitzenverbänden und dem Land weiter gediehen.

Beschlossen wurde bisher die Erhöhung des allgemeinen Finanzhilfesatzes für Personalausgaben von 20% auf 55%, aufsteigend auf 58% im Kindergartenjahr 2021/22. Ferner eine Härtefallklausel sowie die Durchleitung der Bundesmittel von 327 Millionen auf die kommunale Ebene. Die entsprechende Richtlinie fehlt zwar nach wie vor, aber die Gespräche zwischen dem Land und den drei kommunalen Spitzenverbänden hinsichtlich des Ausgleichs der Einnahmeausfälle aus der Einführung der beitragsfreien Kindergärten wurden konsensual abgeschlossen. Insbesondere die Weiterleitung der Bundesmittel wurde präzisiert, d.h. die weitergeleiteten Bundesmittel kompensieren die Einnahmeausfälle und sind darüber hinaus für investive Maßnahmen, für Qualitätsverbesserungen und die Verbesserung der Betreuung einzusetzen.

Auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen dem Land und den Spitzenverbänden wird dem Prinzip der Konnexität Rechnung getragen und die Aufsummierung der Zuschüsse verbessert nicht nur die Betreuung, sondern trägt, entsprechend den kommunalen Forderungen, mittelbar auch zur Erhöhung des Finanzhilfesatzes für Personalausgaben bei. Denn es besteht kein kommunaler Anspruch, dass das Land Einnahmeausfälle allein über einen erhöhten Personalkostenanteil ausgleicht.

**Ziele / Wirkungen:**

Die bessere Finanzierung der Kinderbetreuung und der Ausgleich der Einnahmeausfälle aus der Einführung der Beitragsfreiheit im Kindergarten wird mit den vorgesehenen Landes- und Bundesmitteln erreicht.

**Ressourceneinsatz:**

Bundes- und Landesmittel.

**Schlussfolgerung:**

Durch den Konsens der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land hat sich der AfD-Antrag erledigt.

**Anlagen**

Antrag der AfD-Kreistagsfraktion

## Referat Landrat

LR  EKR  I  II  III

FD: 34

Eingang

Vorbereitung JHA  
16. APR. 2018

erforderlich:  zur weiteren Bearbeitung

Bericht  Rücksprache LR  
 Kenntnis  zum Verbleib

Sonstiges:

WV:

HZ:



Alternative für Deutschland - Fraktion im Kreistag Peine, Wiesengrund 3 - 31234 Edemissen

Landkreis Peine  
Herrn Landrat Einhaus  
Burgstraße 1  
31224 Peine

06. April 2018

### Antrag für die zuständigen Ausschüsse und den Kreistag

Sehr geehrter Herr Landrat Einhaus,

die AfD-Fraktion beantragt, dass der Kreistag Peine folgenden Beschluss fassen möge:

**Der Kreistag Peine spricht sich gegenüber der Landesregierung sowie im niedersächsischen Landkreistag dafür aus, dass bei Wegfall der Elternbeiträge für die Kindergartenbetreuung das Land 66% der Personalkosten übernimmt und nicht wie vorgesehen nur 55% bzw. 58%.**

**Der Kreistag Peine fordert die niedersächsische Landesregierung und die sie tragenden Parteien SPD und CDU außerdem auf, für einen adäquaten Ausgleich der Finanzierung der Kindergärten zu sorgen und das Konnexitätsprinzip nicht weiter auszuhöhlen.**

#### Begründung:

Die Landesregierung hat als Wahlgeschenk den Wählern den beitragsfreien Kindergarten versprochen. Bisher galt eine 1/3 Finanzierung (je zu 1/3 Land, Gemeinden und Eltern). Die AfD als soziale Heimat- und Bürgerpartei wird darauf bestehen, dass Wahlversprechen und auch das Konnexitätsprinzip der kommunalen Finanzierung eingehalten werden. Daher muss das Land 66% der Personalkosten tragen und nicht nur 55%. In der Stadt Peine werden dadurch ca. 500.000 Euro fehlen. Danach würde für vier von den sieben Kommunen (Stadt und Gemeinden) im Landkreis Peine diese Erstattung auskömmlich sein; drei Kommunen müssten erhebliche finanzielle Mittel entweder selbst aufwenden, um nicht schlechter gestellt zu werden als vor der Beitragsfreiheit oder der Landkreis müsste diesen Kommunen den Ausgleichsbetrag zahlen. Um eine Klageflut der Kommunen zu verhindern, ist eine adäquate Finanzierung angezeigt.

Oliver Westphal  
Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag Peine



Adresse:

Wiesengrund 3  
31234 Edemissen

Telefon:

05176 / 555 44 - 2

Telefax:

05176 / 555 44 - 1

E-Mail:

wir@afd-fraktion-peine.de

Facebook:

www.facebook.com/afd.fraktion.peine

Internet:

Vertreten durch:

Oliver Westphal  
Bernd Jakubowski  
Andreas Tute  
Jürgen Rubin

Bankverbindung:

Kreissparkasse Peine

Konto:

83 24 60 09

BLZ:

25 25 00 01

BIC:

NOLADE21PEI

IBAN:

DE 93 25 25 00 01 00 83 24 60 09